



EU-Wissen-Aktuell

Europa-Büro des Landes Oberösterreich • Altstadt 30 • 4021 Linz • Tel. 0732/7720-21 40 20
E-Mail: europabuero@ooe.gv.at • www.europabuero.at



Mit „EU-Wissen-Aktuell“ bieten wir kurz gefasste, leicht verständliche und sachliche Informationen zu einzelnen aktuellen EU-Themen an. Wir hoffen, dass diese Ausgabe Ihre Fragen zum Thema beantwortet. Für weitergehende Informationen stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Europa-Büros des Landes Oberösterreich gerne zur Verfügung.

Landeshauptmann Dr.
Josef Pühringer

Wirtschafts- und
Europa-Landesrat
Viktor Sigl

Nr. 22, April 2010

Europa 2020

Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

Die Europäische Kommission hat am 3. März 2010 die Strategie Europa 2020 vorgestellt. Die neue Langzeitstrategie löst die Lissabon-Strategie für Beschäftigung ab, die nach 10 Jahren ausgelaufen ist.

Mit der neuen Strategie zur Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft entwirft die Kommission die Vision eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums, das auf einer engeren Koordinierung der Politik auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene beruht.

Der Kommissionsentwurf schlägt drei sich gegenseitig verstärkende Prioritäten vor:

- Intelligentes Wachstum: Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft
- Nachhaltiges Wachstum: Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft
- Integratives Wachstum: Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialem und territorialen Zusammenhalt

Kernpunkte der Strategie Europa 2020 sind die Förderung emissionsarmer Industrien, Investitionen in die Entwicklung neuer Produkte, die volle Entfaltung der Digitalwirtschaft und die Modernisierung des Bildungs- und Ausbildungswesens.

Von der Kommission werden dazu folgende fünf Kernziele vorgeschlagen:

- 75 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sollten in Arbeit stehen
- 3 % des BIP der EU sollten für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden
- Die 20-20-20-Klimaschutz-/Energieziele sollten erreicht werden (einschließlich einer Erhöhung des Emissionsreduktionsziels auf 30 %, falls die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind)
- Der Anteil der Schulabbrecher sollte auf unter 10 % abgesenkt werden und mindestens 40 % der jüngeren Generation sollten einen Hochschulabschluss haben
- Die Zahl der armutsgefährdeten Personen sollte um 20 Mio. sinken

Um zu gewährleisten, dass jeder Mitgliedsstaat die Strategie Europa 2020 auf seine spezifische Situation zuschneiden kann, schlägt die Kommission vor, die Ziele der Union im Rahmen nationaler Ziele und Verlaufspläne umzusetzen. Um innerhalb der einzelnen Prioritäten Fortschritte herbeizuführen, schlägt die Kommission sieben Leitinitiativen vor.

- **„Innovationsunion“**, um die Rahmenbedingungen und den Zugang zu Finanzmitteln für Forschung und Innovation zu verbessern und auf diese Weise sicherzustellen, dass innovative Ideen in Wachstums- und beschäftigungswirksame Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden können.
- **„Jugend in Bewegung“**, um unsere Bildungssysteme leistungsfähiger zu machen und den Jugendlichen den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern
- **„Digitale Agenda für Europa“**, um den Ausbau schneller Internet-Zugangsdienste zu beschleunigen und die Vorteile eines digitalen Binnenmarktes für Haushalte und Unternehmen zu nutzen.
- **„Ressourcenschonendes Europa“** um das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abzukoppeln, den Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft zu unterstützen, die Nutzung erneuerbarer Energieträger und die Energieeffizienz zu fördern sowie unser Verkehrswesen zu modernisieren.
- **„Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“**, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen, insbesondere für KMU, zu verbessern und eine internationale wettbewerbsfähige starke und tragfähige Industriestruktur fördern.
- **„Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“**, um die Arbeitsmärkte zu modernisieren, den Menschen durch den lebenslangen Erwerb von Qualifikationen neue Möglichkeiten zu eröffnen und so die Erwerbsquote zu erhöhen und Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt unter anderem durch Arbeitsmobilität besser aufeinander abzustimmen.
- **„Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“**, um den sozialen und territorialen Zusammenhalt zu gewährleisten, damit die Vorteile von Wachstum und Beschäftigung allen zugute kommen und Menschen, die unter Armut und sozialer Ausgrenzung leiden, in Würde leben und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.

Diese sieben Leitinitiativen sollen für die EU und für die Mitgliedsstaaten bindend sein. Die auf EU-Ebene verfügbaren Instrumente und insbesondere der Binnenmarkt, finanzielle und außenpolitische Instrumente werden voll in den Dienst der Strategie gestellt, um Hindernisse zu überwinden und die Ziele von Europa 2020 zu verwirklichen.

In einer gemeinsamen Erklärung nach dem Frühjahrsgipfel im März gaben die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder bekannt, dass sie sich über die meisten Punkte des vorgeschlagenen Planes einigen konnten, u.a. über eine engere Koordinierung der nationalen und europäischen Wirtschaftspolitiken. Wie es in der Erklärung heißt, ist eine umfassendere wirtschaftliche Koordinierung erforderlich, um einen Ausweg aus der Finanzkrise zu finden und längerfristige Herausforderungen wie Globalisierung, Klimawandel und Alterung der Bevölkerung bewältigen zu können.

Die EU-Spitzen akzeptierten auch drei quantitative Ziele: Höheres Beschäftigungsniveau, mehr Geld für Forschung und Entwicklung und Umsetzung der EU-Umweltschutzmaßnahmen. Über zwei andere von der Kommission vorgeschlagene Ziele – Hebung des Bildungsniveaus und soziale Eingliederung – wird auf der Gipfeltagung im Juni noch eingehender beraten werden.

Die Staats- und Regierungschefs der EU folgten dem Vorschlag der Kommission und stimmten darin überein, dass die EU-Kernziele in differenzierte nationale Ziele aufgeteilt werden sollen, was in der vorangegangenen Wirtschaftsstrategie für den 10-Jahreszeitraum nicht vorgesehen war.

Die EU-Spitzen wollen sich im Juni genauer mit den Zahlen befassen und Maßnahmen auf EU-Ebene erwägen, um etwaige Differenzen zwischen den EU-Zielen und der Gesamtheit der nationalen Ziele auszugleichen.